DIE LINKE.

AUSGABE 03/2017

Spende erbeten!

SAALE-UNSTRUT-ELSTER-KURIER

Herausgeber: Kreisvorstand DIE LINKE.Burgenlandkreis

Sie finden:

AG Mobilität	2
Pflegearbeit	3
Parlamentarische Initiativen	*4*
Frauentag 8. März	5
Politische Bildung	6
Hartz-VI-Bescheide	*8*
Sozialer Arbeitsmarkt	9
Rede vom Landesparteitag	*10*
Termine	12

Impressum

Kreisvorstand
DIE LINKE. Burgenlandkreis,
Vors.Katja Bahlmann

Postfach 1565
06605 Naumburg

Tel: 03445/261233
Fax: 03445/261324

Im Netz unter:
www.dielinke-blk.de

Mail :

kv-blk@dielinke-lsa.de

Spendenkonto:

Bitte teiefonisch erfragen!

Alle namentlich gekennzeichneten Beiträge sind nicht immer Meinung der Redaktion. Redaktionsschluss ist der 20. eines jeweiligen Monats. Zuarbeiten sind bis zum 15. eines jeden Monats bei der Redaktion (Reinhard Weber) abzugeben.

V.i.S.d.P.:
Katja Bahlmann
Kreisvorsitzende

„Gerechtigkeit verbindet“

Unter diesem Motto ist unser Landesverband in das Wahljahr 2017 gestartet. „Gerechtigkeit verbindet“ war ohne Frage auch ein Motto, dem sich unsere Gäste des Neujahrsempfanges der Partei DIE LINKE im Burgenlandkreis anschließen konnten. Unsere Neujahrsempfänge sind immer etwas anders, als sonst Neujahrsempfänge im Allgemeinen bekannt sind. Anders meint, eben auch an die Menschen zu denken, die in der Gesellschaft und in ihrem Engagement oft vergessen werden, das sind Menschen aus Vereinen und Initiativen, die sich um sozial Benachteiligte kümmern, Menschen, die auf die Leistungen der TAFELN angewiesen und Menschen, die sich selbstlos ehrenamtlich für das Wohl Anderer engagieren, Mitglieder von Flüchtlingsinitiativen und zu uns Geflüchtete. Die für die musikalische Umrahmung sorgende Band Re´ga – ist ein Beispiel dafür. Zwei Magdeburger Musiker haben sich mit zwei syrischen Musikern zusammengetan und ein originelles Unterhaltungsprogramm dargeboten. Natürlich war uns auch die kommunale Familie des Burgenlandkreises wichtig und wir haben Mitglieder des Kreistages, von Stadt– und Gemeinderäten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern innerhalb unserer Partei und von anderen Parteien begrüßen dürfen. Unsere Landesvorsitzende und Direktkandidatin im Wahlkreis 73—Burgenlandkreis/Saalekreis—Birke Bull-Bischoff war ebenfalls Gast und Rednerin beim Neujahrsempfang. Sie sagte uns, warum sie gekommen ist: um zu bleiben! Herzlichen Dank an dieser Stelle auch nochmals an das gastgebende Haus – das „Hotel zur Alten Schmiede“. Zum wiederholten Male durften wir in dieser angenehmen Umgebung unsere Gäste begrüßen. Dass das Jahr 2017 turbulent bleiben wird, ist wohl jedem ganz klar - spannend – erfolgreich und verbindend gerecht – so wünschen wir es uns und allen unseren Wegbegleitern. Lasst uns daran arbeiten, dass es auch ein gutes Jahr wird.

Katja Bahlmann

Arbeitsgruppe Mobilität des Familiennetzwerkes BLK

Von Karin Denk

Seit Beginn des Jahres 2014 arbeitet im Familiennetzwerk eine Arbeitsgruppe (AG) zum Thema Mobilität mit dem **Ziel**: **gleiche Mobilitätschancen für alle.** Der öffentliche Nahverkehr ist eine öffentliche Aufgabe.

In der AG arbeiten mit: Agentur für Arbeit, Jobcenter, Senioren- u. Behindertenbeirat, Handwerkskammer, Frauenarbeitskreis (FAK) Zeitz, Wirtschaftsamt, Gleichstellungsbeauftragte des Kreises, Industrie- und Handelskammer, Personenverkehrsgesellschaft (PVG), Familiencoachs.

Der FAK Zeitz ist Mitglied im Nahverkehrsbeirat und konnte Kenntnisse über Planung und Durchführung des Nahverkehrs einbringen, da seit Bestehen des Frauenarbeitskreises auch Foren gemeinsam mit der PVG durchgeführt wurden. Die Zusammenarbeit der PVG mit dem FAK sowie Senioren- und Behindertenbeiräten ist eng, so konnten viele Probleme auf kurzem Weg geklärt werden. Nutzer des ÖPNV erkennen Probleme manchmal schnell, so z.B. bei der Fahrplangestaltung der Landeslinie 844. Da klappten die Anschlüsse an die Bahn nicht mehr nach dem Fahrplanwechsel. Immer wieder wurde gemeinsam nach Lösungen gesucht und auch welche gefunden.

Wir besuchen Informations-Veranstaltungen, Foren und arbeiten an Projekten mit. In der Zeit zwischen Dezember 2013 und Oktober 2015 wurde für das Gebiet des MDV (Mitteldeutscher Verkehrsverbund) ein Forschungsprojekt zur Erstellung einer „Regionalstrategie zur Daseinsvorsorge Mobil und Infrastruktur“ durchgeführt - finanziert vom Bundesministerium für Verkehr. Da Mitarbeit durch Nutzer erwünscht war, brachten wir uns von Anfang an ein. Hier wurden viele gute Gedanken entwickelt, aber die Umsetzung ist schwierig, vor allem im ländlichen Bereich.

Lange diskutierten wir über die Bildung eines Fahrgastbeirates, informierten uns über Bestehende, prüften, sprachen mit der PVG und entschlossen uns, die AG als solchen zu nutzen, bei Bedarf mit einer breiteren Beteiligung. Dafür braucht es aber auch die helfende Unterstützung seitens des Landkreises, damit die AG als solche anerkannt und bekannt gemacht wird.

Das Forum „Zukunft mobil“ im November 2015 war die bisher wichtigste von uns organisierte Veranstaltung. mit großer Beteiligung. Das Referat von Prof. Dr. Monheim gab Einblicke in angestrebte Mobilität im ländlichen Raum. Die Impulsreferate brachten viele Anregungen, aber auch kritische Bemerkungen zum ÖPNV im BLK.

Wichtiges Thema in der AG sind Mobilität für Arbeitssuchende, für Familien, SeniorInnen, alle haben unterschiedliche ANSPRÜCHE UND WEGE. Regelmäßig führen wir deshalb Gesprächsrunden mit unterschiedlichen Partnern und Themen, zum Beispiel:

-wie können kleinere Ortschaften an die Hauptlinien angebunden werden, z.B durch Bürgerbusse, bessere Mobilität für Arbeitssuchende, Mitarbeit bei der Gestaltung des neuen Nahverkehrsplanes 2019

- Verpflichtung der ansässigen Firmen, den ÖPNV zu unterstützen (ermäßigte Fahrscheine, angepasste Arbeitszeiten) Jobtickets

- mobile Versorgung, Bündelung von Diensten in einem Haus. Dazu wurden Beispiele aus anderen Bundesländern, wie Netzwerk „lebendige Dörfer“, Lebenswelt „von unten“, Dorfaktionsgruppen, vorgestellt.

-- Jobmobil, freie Kapazitäten von Dienstleistern, Pflegediensten, Mitfahrzentralen, Leerfahrten anbieten , evtl. zentrale Stelle für Anmeldungen?

- Qualität des ÖPNV, was kann noch besser werden? (Absenkung der Busse an Haltestellen, Bahn und Bus bessere Zusammenarbeit).

- Fahrscheinlos im Nahverkehr, wie geht das? Beispiele gibt es.

- INSA, was ist das, was kann das? Leider zuwenig bekannt, im Bus bieten sich viele Möglichkeiten für Informationen. (INSA ist die kostenlose Information über Bus und Bahn in Sachsen-Anhalt).

Wie in der MZ vom 2. Februar 2017 zu lesen, initiierte die Agentur für Arbeit mehrere Maßnahmen für Arbeitssuchende, auch in Zusammenarbeit mit im Kreis ansässigen Firmen. Immer wieder erfahren wir von dem Problem mangelnder Flexibilität, nicht nur zur Arbeit, auch zu den Kindereinrichtungen. Wir wollen helfen und gemeinsam nach geeigneten Wegen suchen, Arbeit und Arbeitssuchende zusammen zu bringen.

Gleiche Mobilitätschancen heißt, der öffentliche Nahverkehr muss attraktiv sein, wenn er anregen soll, vom Auto umzusteigen auf Bus und Bahn. Viele gute Beispiele gibt es schon. Für Anregungen sind wir immer offen. Ansprechpartnerin ist Frau Hager als Gleichstellungsbeauftragte (03445/731 005).

Nicht nur am Frauentag: Pflegearbeit ist mehr wert“

In deutschen Krankenhäusern herrscht akuter Personalmangel, es fehlen 100.000 Pflegekräfte. Unter den dramatischen Folgen leiden Patientinnen und Patienten sowie Krankenpflegerinnen und –pfleger. Über 85 Prozent aller Pflegekräfte in Krankenhäusern sind Frauen. Deswegen zeigt sich DIE LINKE am Internationalen Frauentag besonders solidarisch mit den Kolleginnen und Kollegen, die für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen streiten.

Aus diesem Anlass verteilen die Basisorganisationen DIE LINKE im Burgenlandkreis am 8. März Blumen in Krankenhäusern, Sozialstationen und Pflegeeinrichtungen, um Solidarität zu zeigen. „Auch im Krankenhaus zeigt sich: Wo vor allem Frauen arbeiten, da sind die Arbeitsbedingungen schlecht und die Löhne niedrig“, erklärt Katja Bahlmann, Vorsitzende des Kreisverbandes DIE LINKE Burgenlandkreis. „Aber wer wichtige und verantwortungsvolle Tätigkeiten mit Menschen ausübt, der hat eine bessere Behandlung verdient—genau wie die Patienten. Deswegen machen wir am Internationalen Frauentag im Rahmen unserer Kampagne „Das muss drin sein“ auch auf unsere Forderung nach 100.000 zusätzlichen Pflegekräften aufmerksam. Hier und an zahlreichen anderen Orten quer durch das Land.“

Weiteren Informationen zur Kampagne gibt es unter: www.dasmussdrinsein.de

Klassenfahrten: Buchungsfehler im Bildungsministerium kostet Eltern Millionen

Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende und finanzpolitische Sprecher Swen Knöchel:

Mit rund zwei Millionen Euro jährlich bezuschusst das Bildungsministerium Teilnehmerbeiträge für Klassenfahrten. Im Jahr 2017 jedoch müssen Schulen und Eltern diese zwei Millionen Euro allerding selbst tragen. Nach jetziger Planung im Bildungsministerium wird in diesem Jahr kein Cent dafür fließen. Dabei ist dieser Zuschuss wichtig, denn er ermöglicht allen Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an Klassenfahrten. Er ist eine notwendige Entlastung für Schulen und Eltern.

Der Grund ist so banal wie skandalös: Ein schlichter Buchungsfehler. Wo vorher ein Millionenbetrag stand, steht nun eine dicke Null im Haushaltsplan des Bildungsministeriums. Dabei ist Geld im Überfluss vorhanden: Mehrere Millionen Euro liegen als Ausgaberest aus Vorjahren auf der hohen Kante. Wieso diese Reste nicht genutzt werden können? Darauf gibt es weder vom Bildungs- noch vom Finanzministerium eine klare Antwort. Vertreter beider Häuser wirken im Finanzausschuss ratlos und schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu.

Das ist eine unwürdige Posse zu Lasten der Eltern sowie Schülerinnen und Schüler im ganzen Land. DIE LINKE fordert die rasche Beseitigung dieses Fehlers und eine Weiterführung des jährlichen Zuschusses in 2017 mindestens in Höhe der Vorjahre.

Parlamentarische Initiativen zur 10. Sitzungsperiode des Landtages

Die Fraktion wird folgende eigenständige parlamentarische Initiativen in die bevorstehenden Landtagssitzungen am 2. bis 3. Februar 2017 einbringen.

Wiederbelebung der Vermögenssteuer als Teil einer gerechten Steuerpolitik und als Beitrag zur nachhaltigen Konsolidierung des Landeshaushalts (Drs. 7/845)

Die gesellschaftliche Akzeptanz des Steuersystems wird im Wesentlichen von der gerechten Lastenverteilung auf die Bürgerinnen und Bürger bestimmt. Durch die Aussetzung der Vermögensteuer jedoch erfolgte eine Umverteilung der Lasten zugunsten der Vermögenden in Deutschland. Die Wiederbelebung der Vermögenssteuer – in einer verfassungskonformen Ausgestaltung – ist als Ausdruck von sozialer Gerechtigkeit nicht nur gerechtfertigt, sondern sogar geboten. Die Fraktion DIE LINKE fordert daher die Landesregierung in ihrem Antrag auf, auf eine Initiative des Bundesrats hinzuwirken, die die Wiedererhebung der Vermögenssteuer in Deutschland zum Gegenstand hat. Darüber hinaus möge der Landtag feststellen, dass die Erhebung einer Vermögenssteuer ein wichtiger Teil einer an Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit orientierten Steuerpolitik ist und eine ausschließlich auf die Ausgabenseite orientierte Konsolidierungspolitik nicht ausreicht, um die Gestaltungsfähigkeit der Landeshaushalte langfristig zu erhalten und zu sichern.

Bleiberecht für Opfer rechter Straftaten (Drs. 7/879)

Der Anstieg rechter Straftaten innerhalb der letzten zwei Jahre ist in Sachsen-Anhalt exorbitant. Dies gilt für alle Formen rechter Straftaten und es gilt insbesondere im Zusammenhang mit Übergriffen auf Geflüchtete. Allein im vergangenen Jahr hat das Projekt „Mut gegen rechte Gewalt“ in Sachsen-Anhalt 135 Übergriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte gezählt. Vor dieser Ausgangslage gewinnt die Frage nach dem Verbleib von Opferzeugen hinsichtlich der Aufklärung entsprechender Gewaltdelikte eine besondere Brisanz. Darüber hinaus ist es ein Gebot der Humanität und des Anstandes, Opfern rechtsradikaler Gewalt, die ihnen schließlich in unserem Land zugefügt wurde, ein Bleiberecht zu gewähren. Orientiert am Beschluss des Brandenburger Landtages fordert die Fraktion DIE LINKE die Landesregierung daher auf, die gesetzlichen Möglichkeiten des Aufenthaltsrechts zu nutzen, um Opfern rechter Straftaten ein Bleiberecht einzuräumen und gegenüber den Kommunen darauf hinzuwirken, dass diese bei Opfern rechter Gewaltstraftaten von den Möglichkeiten der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen und Duldungen auf der Grundlage des Aufenthaltsgesetzes Gebrauch machen.

Kommunen entlasten – Gesundheitliche Versorgung von Migrantinnen und Migranten entbürokratisieren und verbessern (Drs. 7/880)

Die Regierungsfraktionen hatten sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, vorbehaltlich einer bundeseinheitlichen Lösung eine elektronische Gesundheitskarte (eGK) für Asylbewerberinnen und Asylbewerber auf Landesebene einzuführen. In einem Fachgespräch im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration wurde am 16. November 2016 seitens des Ministeriums für Inneres und Sport darüber informiert, dass man Mittel für die Einführung einer solchen eGK im Rahmen der Haushaltsaufstellung beantragt hatte, diese indes im Rahmen der Prioritätensetzung nicht in den Haushaltsplan 2017/2018 eingestellt worden wären. Die Fraktion DIE LINKE fordert die Landesregierung mit ihrem Antrag daher auf, umgehend Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden und Vertretern der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) mit der Zielsetzung einer zeitnahen Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) für Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu initiieren und als Grundlage dieser Gespräche die Erfahrungen anderer Bundesländer auszuwerten, die eine solche eGK bereits eingeführt bzw. entsprechende Verhandlungen und Rahmenverträge abgeschlossen haben.

Bestattungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt nicht mehr zeitgemäß und unbedingt reformbedürftig (Drs. 7/878)

Eine intensive, ergebnisoffene Debatte im Spannungsfeld von öffentlicher Trauer, des Interesses der Hinterbliebenen und des letzten Willens des Verstorbenen ist dringend geboten, um den gesetzlich geregelten Friedhofszwang und die Sargpflicht zu überprüfen. Viele Menschen wollen über ihre letzte Ruhe und ihre letzte Ruhestätte selbst entscheiden. Das geltende Bestattungsgesetz ist nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE reformbedürftig. Das gilt ebenso für Maßnahmen der Verbesserung der Qualität der Leichenschau, denn nach wie vor bestehen Defizite in der derzeitigen Praxis der Leichenschau. Mit ihrem Antrag zielt die Fraktion DIE LINKE darauf ab, das Gesetz über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen des Landes Sachsen-Anhalt vom 5. Februar 2002 gemäß aktueller und sich abzeichnender gesellschaftlicher Anforderungen unverzüglich zu reformieren. Vor diesem Hintergrund wird die Landesregierung aufgefordert, die Überprüfung bestimmter derzeitiger Regelungen im Bestattungsgesetz vorzunehmen.

Unhaltbare Zustände an Dienstgebäuden der Magdeburger Polizei sind Folge von Unfähigkeit

Medien berichteten wiederholt von unzumutbaren Zuständen an polizeilichen Dienstgebäuden in der Magdeburger Sternstraße. Rund 200 Beamt*innen mussten deshalb in ein Ausweichquartier nach Sudenburg ziehen. Doch auch dort stellte ein Gutachten gesundheitsgefährdende Stoffe fest, sodass die Polizeibeamt*innen wieder zurück in das Objekt in der Sternstraße mussten. Hierzu erklärt Matthias Höhn, Sprecher der Fraktion DIE LINKE für Polizeipersonal:

„Wie bereits seit vielen Monaten ist der schlechte Zustand der Magdeburger Polizeidienstgebäude erneut Thema in den Medien. Eine dauerhafte Lösung ist aber nach wie vor nicht in Sicht. Erneut wird deutlich, dass das Land schnellstens seiner Verantwortung nachkommen muss, um für angemessene Arbeitsbedingungen für die Polizist*innen in Magdeburg zu sorgen. Hier kann und darf die Landesregierung nicht auf Zeit spielen.

Komplett unverständlich ist, warum die Beamt*innen nicht längst wieder im Ausweichquartier in Magdeburg Sudenburg untergebracht sind. Am 10. November 2016 wurde dem Ausschuss für Inneres und Sport des Landtages auf Antrag der LINKEN zum Thema „Dienstgebäude der Polizei“ Bericht erstattet und durch die Landesregierung mitgeteilt, dass die Sanierung der wegen Schadstoffbelastung vorübergehend geräumten Räumlichkeiten in Sudenburg in 3 bis 4 Wochen abgeschlossen sei. Das ist inzwischen 13 Wochen her und immer noch wird an einem Sanierungskonzept für Sudenburg und an den Planungen für die Gesamtsanierung Sternstraße gearbeitet.

Dass den Beamt*innen in der Folge weiterhin die dringend sanierungsbedürftigen Räumlichkeiten in der Magdeburger Sternstraße zugemutet werden, ist in keinem Fall hinnehmbar. Die offensichtliche Unfähigkeit der Verantwortlichen trägt unweigerlich dazu bei, dass das Objekt in der Sternstraße auch weiterhin den Namen „schlechtestes Dienstgebäude der Polizei in Deutschland“ tragen wird – und das auf Kosten der dort untergebrachten Polizist*innen."

8. März— der Kreisverband DIE LINKE sagt: Herzlichen Glückwunsch zum Internationalen Frauentag!

Von Katja Bahlmann

Der Kreisverband DIE LINKE. Burgenlandkreis gratuliert allen Genossinnen, Sympathisantinnen und Frauen ganz herzlich zum Internationalen Frauentag!

Dieser Tag, einstmals in der Zeit des Ersten Weltkriegs von sozialistischen Organisationen initiiert für den Kampf um Gleichberechtigung, das Wahlrecht für Frauen und die Emanzipation von Arbeiterinnen, soll Anlass geben, um auf die immer noch nicht zu 100% durchgesetzte Gleichberechtigung der Frau in der Gesellschaft hinzuweisen.

Doch muss es uns als Linke ein Anliegen sein, 365 Tage im Jahr auf Frauenrechte hinzuweise, dafür im Rahmen unserer Möglichkeiten auf allen Ebenen einzuwirken und uns nicht nur an diesem Tag auf unsere Forderungen zu besinnen. Frauenrechte sind Menschenrechte!

Die Bundes– und Landesarbeitsgemeinschaft LISA arbeitet aktiv für diese Ziele. Wer sich dieser Arbeitsgemeinschaft anschließen möchte, kann dies unter www.lisa-frauen.de gern tun und mithelfen zu streiten für eine bessere, solidarischere und sichere Gesellschaft für Frauen und Mädchen!

Denkanstöße zur Umgestaltung einer aus den Fugen geratenen Welt

Politische Bildung, Teil 41c

Von Winfried Steffen

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestand die historische Chance, die Zukunft, das 21. Jahrhundert als Jahrhundert einer friedlichen Welt zu gestalten. Immerhin war beispielsweise in Deutschland, durch das die Grenze zwischen zwei entgegengesetzten Militärpakt– und Gesellschaftssystemen verlief, eine als friedliche Revolution begonnene grundlegende Umwälzung vor sich gegangen. Die große historische Chance wurde nicht genutzt. Die Hauptverantwortung dafür trägt der USA-Imperialismus, der—mit der 1947 verkündeten Truman-Doktrin—seinen Anspruch auf die Führung der Welt verlautbart hatte. Nach dem Ende des Kalten Krieges brauchten die herrschenden Kreise der USA ein Feindbild und instrumentalisierten dafür die NATO, die eigentlich für den Aufbau einer weltweiten Friedensordnung ebenso wenig gebraucht wurde wie die von der Sowjetunion geschaffene Warschauer-Vertrags-Organisation. OSZE und UNO hätten über geeignete Instrumente zur Herbeiführung einer weltweiten Friedensordnung verfügt.

Mit dem Wegbrechen des Staatssozialismus in Europa wurde der Weg frei für die uneingeschränkte Durchsetzung des kapitalistischen Wirtschafts– und Gesellschaftssystems. Die einstige Weltfriedensbewegung und die internationale Arbeiterbewegung existierten nicht mehr. Die Globalisierung der Wirtschaftsentwicklung bildete den Rahmen für das nunmehr durchgesetzte Konzept des Neoliberalismus. Es brauchte hinfort nicht mehr Rücksicht genommen werden auf eine Alternative in Gestalt des so genannten realen Sozialismus. Im Zentrum des neoliberalen Konzepts stehen wirtschaftliche Konkurrenz und ungehemmtes Wirtschaftswachstum mit der Rendite der Großbanken als Maß der Dinge, als Endzweck allen Wirtschaftens.—ohne Rücksicht auf soziale, ökologische und klimatische Folgen.

Nach dem Ende der 16-jährigen Kanzlerschaft Helmut Kohls wurde unter der Federführung seines Amtsnachfolgers Gerhard Schröder der Neoliberalismus zu voller Wirksamkeit gebracht. Das Kernstück bildete die Agenda 2010. Auf deren Grundlage wurden Hartz IV (Arbeitslosengeld II durch Zusammenlegen von früherer Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe), ein breiter Billiglohnsektor, verbreitete Teilzeitbeschäftigung und die Leiharbeit in großem Umfang eingeführt. Auf diese Weise entstanden neue Arbeitsplätze und die Arbeitslosenzahl sank. Die zuvor üblichen günstigen Bedingungen für frühere Verrentung von Arbeitnehmern und Angestellten und der Einsatz beträchtlicher Summen für die Finanzierung von ABM fielen weg. Es kam zur Herausbildung eines inzwischen wachsenden Prekariats. Andererseits wurden bessere Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital geschaffen. Dadurch erlangten große deutsche Unternehmen deutliche Wettbewerbsvorteile auf den internationalen Märkten. Deutschland ist Exportweltmeister, nimmt eine klare Führungsposition in der Europäischen Union ein und ist wirtschaftlich stabiler als viele vergleichbare Staaten. Die Schere zwischen Reichen und Armen, zwischen der besitzenden Oberschicht, den Mittelschichten und denen, die unterhalb der Armutsgrenze leben müssen ist in Deutschland größer als in vergleichbaren Ländern. Das neoliberale Konzept forcierte und forciert die Umverteilung des Bruttosozialprodukts von unten nach oben. Die sozialen Auswirkungen wurden noch dadurch verschärft, dass die weltweite Finanzkrise von 2008 den Wegfall der seit jeher üblichen Zinsen für alle Guthaben nach sich zog. Besonders wirkt sich diese Situation auf Versicherungen und Geldanlagen für Vorsorge aus. Auf diese Weise wird unvermeidlich spürbar, dass das inzwischen hoffähig gewordene neoliberale Wirtschafts– und Gesellschaftskonzept an die Stelle des Primats der Politik in der bürgerlichen Gesellschaft das Primat des Diktats jeder gesellschaftlichen Gestaltung durch die Großkonzerne und Banken gesetzt hat.

Im 19. und gegen Ende des 20. Jahrhunderts war die bürgerliche Gesellschaft strukturell vorwiegend durch die Klassenkämpfe zwischen der besitzenden Minderheit und den Werktätigen, der Mehrheit der Bevölkerung, gekennzeichnet, die sich auseinandersetzten über die Verteilung des Bruttosozialprodukts. Klassischer Kern der Opposition der bürgerlichen Gesellschaft waren die Linken in Gestalt von Arbeiterparteien und Gewerkschaften, die oftmals auf eine sozial gerechtere Verteilung des Bruttosozialprodukts zugunsten der Werktätigen hinwirken konnten. Auf dieser Basis funktionierte in den entwickelten kapitalistischen Ländern in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die soziale Marktwirtschaft - auch als erforderliche soziale Alternative zum Staatssozialismus. Mit der Umsetzung des neoliberalen Konzepts verbunden sind sozialer Abbau und die Aushölung der traditionellen bürgerlichen Demokratie. Die zur sozialen Marktwirtschaft gehörenden Er-

rungenschaften zugunsten der werktätigen Mehrheit der Bevölkerung—in Jahrzehnten vor allem durch ökonomische Klassenkämpfe bewerkstelligt und angesichts des Vorhandenseins einer sozialen Alternative zum kapitalistischen Wirtschafts– und Gesellschaftsmodell in Gestalt des so genannten realen Sozialismus bewerkstelligt—sind weitgehend weggefallen. Immer schärfer tritt die pure Marktwirtschaft ohne das soziale Attribut an. Mit dem eingetretenen Machtprimat der Großkonzerne und Banken gegenüber der Politik verlor die Demokratie als traditionelles Regulierungsmodell empfindlich an struktureller Substanz. Zwischen der herrschenden politischen Elite und der Masse der Bürgerinnen und Bürger hat sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine tiefe Kluft aufgetan. Ein großer Teil der Wählerinnen und Wähler fühlt sich von der herrschenden politischen Klasse abgehängt, in Bezug auf die politische Mitentscheidung der Gesellschaftsentwicklung außen vor. Es verbreiteten sich in den Ländern, die als zum Westen gehörend eingeordnet werden, Politik– und Politikerverdrossenheit gegenüber den etablierten politischen Parteien. Allenthalben vollzog sich ein Rechtsruck. Vom rechten Rand aus formierte sich eine in bedrohlichem Maße für die bürgerliche Demokratie und den Zusammenhalt der Zivilgesellschaft eine breite Opposition. Rechtspopulisten, Extremisten, Nationalisten und EU-Gegner sind auf dem Vormarsch, ziehen serienweise in die Parlamente ein und besetzen in einigen Ländern schon Regierungspositionen - beispielsweise in Polen, der Slowakei, in Ungarn, in baltischen Ländern, in Dänemark. Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA stellt derzeit den Gipfelpunkt dieses unberechenbaren Geschehens dar.

Halten wir an dieser Stelle inne und überlegen, was geschehen muss, um eine Welt, die durch übermäßige Ausbeutung der Ressourcen, Klimawandel, durch den Menschen verursachte Umweltbelastung, durch abenteuerliche Politik und strategischen Konzeptmangel aus den Fugen zu geraten scheint, zu stabilisieren, um unseren einzigartigen Planeten auch für künftige Generationen lebenswert zu erhalten. Es ist nicht die Zeit für Weltuntergangsstimmungen, doch es ist dringend geboten, entschlossen und komplex zu handeln und keine weitere Zeit zu verlieren. Die nachfolgenden Überlegungen beruhen vornehmlich auf deutscher Sicht.

In Deutschland und nicht nur dort hat sich von den 90er Jahren an das Establishment, der Einfluss der gesellschaftlich einflussreichsten Gruppen, im Gefolge des partiellen Übergangs von sozialer Marktwirtschaft zu reiner Marktwirtschaft auf der Basis des Neoliberalismus verkrustet, verfestigt. Der Einfluss dieser Gruppen—das Primat der Politik wurde zurückgedrängt—hat die in der bürgerlichen Gesellschaft traditionelle Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative reduziert und damit die Möglichkeit der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger, der Wählerinnen und Wähler an der gesellschaftlichen Mitgestaltung spürbar eingeschränkt. Nicht nur in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, sondern auch auf dem Feld der Politik erleben die Menschen ein Oben und Unten. Das Establishment aus beherrschenden Großkonzernen und Banken, Behörden aller Ebenen—von der Bundesregierung über Landesregierungen und hinab bis zu den hauptberuflichen Mandatsträgern in Bundestag und Landtagen hat beispielsweise die Folge der Weltfinanzkrise seit 2008 auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt. Man denke dabei an die Sparpolitik der schwarzen Null zu Lasten der Steuerzahler und Kommunen. Das Schließen von Schulen, Theatern, Museen und anderer sozialer und kultureller Einrichtungen in breiter Front, das Fehlen notwendiger finanzieller Mittel für die Erhaltung der Infrastruktur—Autobahnen, Straßen, Nahverkehr, öffentliche Gebäude - wurde und wird überall im Land durchgesetzt—meist mit der Begründung ökonomischer oder finanzieller Zwänge. Bei solchen Entscheidungen bleiben die Bürgerinnen und Bürger fast immer außen vor. Proteste dagegen—auch mit Volksbegehren und mühevoll gesammelten Unterschriften—bleiben unbeachtet. In Deutschland existiert faktisch keine Basisdemokratie. Bundespräsident Gauck beschwört ja auch immer wieder die so genannte repräsentative Demokratie. Sie engt die politischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger auf die Wahrnehmung des Wahlrechts gemäß den jeweiligen Legislaturperioden ein. Es kann zwar jeder seine Meinung äußern - auch in Leserbriefen und im Internet - eine Teilhabe an demokratischer Mitgestaltung ist das nicht.

Die Verkrustung des Establishments bald nach der Wiederherstellung der einheitlichen deutschen Staatlichkeit—gilt, was oben bestimmt wird, wird durchgesetzt und sonst nichts. Das erinnert an die Arroganz der Macht, die die einstige SED– und DDR-Staatsführung pflegten. Beim Umgang mit den Auswirkungen der Globalisierung, der weltweiten Finanzkrise seit 2008, bei der Energiepolitik, beim Flüchtlingsproblem wird am Volk vorbeiregiert, wird es nicht durch rechtzeitige und sachliche Information mit einbezogen. Jahrelanger Rückgang der Beteiligung der Wählerinnen und Wähler an

den Wahlen - vom Bundestag und den Landtagen bis hin zu den Volksvertretungen im kommunalen Bereich—als Ausdruck der Politik– und Politikerverdrossenheit zeugen davon, dass alle demokratischen Parteien gefordert sind, durch eine volksnahe Politik, die sich auf die Interessen der Menschen konzentriert, ihre Glaubwürdigkeit wieder zu erlangen. Es muss die Stagnation überwunden werden, die aus dem in allen politischen Parteien üblich gewordenen intensivem Beschäftigen mit sich selbst resultieren. Auf kommunaler Ebene fehlt es - nicht zuletzt wegen innerparteilicher Grabenkämpfe - nicht selten an engagierten, geeigneten Kandidaten für die Besetzung von Bürgermeisterämtern und Mandaten in den Gemeinderäten. Auf kommunaler Ebene muss der Zustand überwunden werden, dass letztlich in der Hauptsache dort nur Einsparungen zu beschließen und Schulden zu verwalten sind. Das stellt auch eine wichtige Voraussetzung für wirkungsvolle ehrenamtliche Tätigkeit in vielerlei Vereinen dar.

Landesregierung für hohe Zahl rechtswidriger Hartz-IV-Bescheide mitverantwortlich

Zur aktuellen Berichterstattung über massenweise falsche Hartz-IV-Bescheide in NRW, erklärt Christian Leye, Landessprecher der LINKEN in NRW und deren Spitzenkandidat für die anstehende Landtagswahl: „Die hohe Zahl der Gerichtsurteile in Sachen falscher Hartz-IV-Bescheide beweist, die 'Agenda'-Politik war und ist zutiefst sozial ungerecht. Wenn die SPD es mit sozialer Gerechtigkeit ernst meint, muss sie umgehend politische Konsequenzen ziehen." Leye weiter:

Hartz-IV-Beziehende sind auf jeden Cent angewiesen, um ihren Lebensunterhalt überhaupt halbwegs meistern zu können. Es ist vollends inakzeptabel, dass sich die Betroffenen zugleich noch mit falschen Bescheiden herumschlagen müssen. Bei einer Zahl von insgesamt 136.028 Widersprüchen im letzten Jahr, von denen 36 Prozent erfolgreich waren, stellt sich die Frage, ob die Jobcenter überhaupt noch arbeitsfähig sind. Die Landesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen muss in dieser Angelegenheit umgehend tätig werden.
DIE LINKE ist die einzige Partei, die die 'Agenda 2010' und die daraus resultierenden Hartz-Gesetze bis heute entschieden ablehnt. Ein Ende dieses größten staatlichen Verarmungsprogramms der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte scheiterte jedoch bisher an dessen Erfindern und Unterstützern: der Allparteienkoalition aus SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP. Solange Hartz IV nicht abgeschafft ist, fordern wir eine Erhöhung des Regelsatzes auf mindestens 560 Euro monatlich sowie die Abschaffung der bisherigen Sanktionspraxis.“
„DIE LINKE ist sich zugleich bewusst, dass die Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern überdurchschnittlich hoch ist. Die Verantwortung dafür liegt bei der Politik. Auch in dieser Sache besteht Handlungsbedarf. Die Mitarbeiter müssen dringend entlastet werden, um Erwerbslose ordentlich betreuen zu können und sie nicht fließbandmäßig abarbeiten zu müssen. Die Landesregierung muss auf Bundesebene Druck machen, dass deutlich mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Anzahl der Jobcenter-Mitarbeiter zu erhöhen. Auch müssen mehr Richter bei den Sozialgerichten eingestellt werden, da sich die durchschnittliche Laufzeit eines Klageverfahrens, Angaben des Landessozialgerichts in NRW zufolge, auf 13 Monate erhöht hat.
Wir werden in den nächsten Tagen im NRW-Landtag eine neuerliche parlamentarische Anfrage zu diesem Themenkomplex an die 'rot-grüne' Landesregierung stellen, um deren Versagen aufzuklären“, so Leye weiter.

"Sozialer Arbeitsmarkt" - viel Geld für schlechte Arbeit

Zu dem von der Arbeits- und Sozialministerin, Frau Petra Grimm-Benne, vorgestellten Programm „Sozialer Arbeitsmarkt“ erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Doreen Hildebrandt:

„Das heute von der Landesregierung vorgestellte Programm „Sozialer Arbeitsmarkt“ erfüllt nach unserer Auffassung nicht die Voraussetzungen, Langzeitarbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen. Wir begrüßen zwar, dass die Regierung das Problem erkannt hat und endlich ein Förderprogramm für langzeitarbeitslose Menschen auflegen möchte. Jedoch halten wir die Umsetzung für ungeeignet. Die Vermittlung in „langfristige“ Arbeitsgelegenheiten, d.h. vorwiegend 1-Euro-Jobs, über ein Jahr oder länger, birgt die Gefahr eines „dritten“ Arbeitsmarktes und wirkt weder gegen Langzeitarbeitslosigkeit noch damit einhergehender Altersarmut.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass für Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit, mit fast 500 Euro pro Monat Landesmittel, die zusätzlich noch mit ESF-Mitteln verzahnt werden sollen, erhebliche Ressourcen für die betroffenen Personen bereitgestellt werden sollen. Allerdings ist es gerade unter diesen Umständen völlig inakzeptabel, dass die betroffenen Arbeitslosen in 1-Euro-Jobs „geparkt“ werden sollen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Integration in den Arbeitsmarkt ist gesellschaftliche Anerkennung und Selbstbewusstsein, dazu benötigen Menschen das Angebot eines Arbeitsvertrages für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit einem entsprechenden Stundenlohn und nicht die Endlosschleifen in 1-Euro-Jobs.

DIE LINKE streitet daher seit Jahren für ein Projekt „Gemeinwohlarbeit“. Mit diesem Projekt soll für Langzeitarbeitslose der Wiedereinstieg in ein Beschäftigungsverhältnis ermöglicht werden. Dabei sollen die Arbeitsplätze auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhen, tariflich oder ortsüblich entlohnt werden und voll versicherungspflichtig sein, was eine Arbeitslosenversicherung einschließt. Wir sehen solche Arbeitsverhältnisse vor allem im Bereich der Flüchtlingsarbeit, Kultur, Sport- und Umweltarbeit und in Projekten der Betreuung von Jugendlichen, von Seniorinnen und Senioren.

Vor dem Hintergrund, dass mit den geplanten öffentlichen Geldern eine wirkliche Gemeinwohlarbeit möglich wäre, kritisiert DIE LINKE die Ausgestaltung des Programms „Sozialer Arbeitsmarkt“ grundlegend und verlangt eine Überführung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit Integrationshilfen.

Platz an Seite derer, die für Solidarität und Gerechtigkeit stehen

Auszug aus der Rede unseres Fraktionsvorsitzenden Swen Knöchel auf dem Landesparteitag der DIE LINKE Sachsen-Anhalt am 18. Februar 2017 in Wittenberg

Hier in Wittenberg, an einem historischen Ort, wollen wir die Weichen für eine der wichtigsten Entscheidungen unseres Landes, die Bundestagswahl am 24. September, stellen.

Hier in Wittenberg soll der Mönch Martin Luther vor 500 Jahren, an welches Kirchentor auch immer, seine 95 Thesen angeschlagen haben. Luther wollte zur theologischen Disputation herausfordern, er behauptete: „Gerechtigkeit kann man sich nicht kaufen“. 500 Jahre später wissen wir: es war mehr als ein theologischer Streit, die Zeit war reif für eine gesellschaftliche Umwälzung.

„Gerechtigkeit kann man sich nicht kaufen“ war die Botschaft, die Bauern, Bürger und Tagelöhner aufrüttelte. Luthers Botschaft setzte eine soziale Bewegung in Gang, in welcher es um mehr ging, als um die Frage des Ablasshandels.

Wenig gesprochen wird im Jahr der 500. Wiederkehr der Reformation zum Beispiel - über Thomas Münzer, der die Frage der Gerechtigkeit mit der sozialen Frage verband. Der nicht nur sagte, „Gerechtigkeit kann man sich nicht kaufen“, sondern sie einforderte und klar machte: für Gerechtigkeit, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit muss man streiten, muss man kämpfen. Sein Kampf, der Kampf tausender Bauern und Bürger wurde auf den Schlachtfeldern des Bauernkrieges blutig erstickt.

Die Herrschenden und auch Luther selbst ruderten zurück: die Gerechtigkeit, die sie meinten, sei eben keine von dieser Welt. Jenes Gerechtigkeitsversprechen war eben abstrakt, an den Grundfesten der Verhältnisse sollte nicht gerüttelt werden.

Doch die Idee war in der Welt, sie sollte die kommenden 500 Jahre nach dem Thesenanschlag bestimmen.

Und das, liebe Genossinnen und Genossen, wäre nach meiner Überzeugung auch das gewesen, was ein Reformationsjubiläum ausgemacht hätte. Eine Auseinandersetzung, mit dem, was vor 500 Jahren war, und was das für das jetzt und heute bedeutet.

Dieses Versprechen allerdings wird das Jubiläum nicht einlösen. Am Ende des Jahres werden wir gemeinsam feststellen, dass Sachsen-Anhalt dafür fast 100 Millionen Euro ausgegeben hat. Wir werden feststellen, dass die Chance vertan wurde, auch die 84 Prozent der Menschen im Land, die nicht einer der beiden Kirchen angehören,

mit diesem Jubiläum anzusprechen. Was organisiert wurde, sind Lutherfestspiele, ein historisches Lutherpanoptikum, durch das der Ministerpräsident Königshäuser führt. Das hat wenig mit der Reformation und noch weniger mit den Zukunftspotentialen unseres Landes zu tun.

An den Autobahnen stehen jetzt Schilder, die Sachsen-Anhalt als Ursprungsland der Reformation ausweisen. Wie langweilig - Demnächst wollen sie Bauhausland auf die Autobahnschilder schreiben. Wieder ein Jubiläum!

Und wieder, so fürchte ich, wird diese Landesregierung alles Nachdenken, über das, was Bauhaus ausmachte in seichter Rotkäppchen-Sekt Laune ertränken. Dabei lohnt es, gerade am Beispiel des Bauhauses, nachzudenken über unser Land.

Aus Weimar vertrieben, gaben mutige Dessauer dieser Schule der Moderne und Weltoffenheit eine Heimstatt. Hier wurde Architektur- und Kunstgeschichte geschrieben. Die Region profitierte. Doch nicht lange, dann zogen die dunklen Wolken von Abschottung und Engstirnigkeit über Anhalt und die Stadt Dessau. Fremdenfeindlichkeit und Hass vertrieben das Bauhaus wieder aus Dessau. Im August 1932 stimmten im Dessauer Rat, neben dem Oberbürgermeister, nur noch die vier Kommunisten für den Verbleib der Schule in Dessau. Das Bauhausjubiläum könnte also Chance sein, auch für eine Auseinandersetzung mit dem Jetzt und Heute.

Erleben wir nicht gerade jetzt, dass sich die Ewiggestrigen wieder zu Wort melden? Dass Fremde, und seien es auch die ärmsten Schutzbedürftigen, auf offener Straße angriffen werden? Erleben wir nicht gerade jetzt, dass Engstirnigkeit und Hass um sich greifen? Müssen wir nicht im Landtag immer wieder erleben, wie die AfD versucht, mit einem längst überkommenen Volksbegriff, Menschen in immer mehr, nicht dazu gehörende Minderheiten zu spalten? Bewusst verletzend und ausgrenzend gegen viele Gruppierungen. Allen voran, gegenüber Menschen anderer Herkunft. Ein Ausgrenzungskonzept, das vorsieht,

- dass Geflüchtete abgeschoben werden sollen
- dass Menschen mit Behinderungen von, so der Abgeordnete Tillschneider, Normalbegabten separiert werden
- dass LSBTTI Lebenswirklichkeiten von Kindern ferngehalten werden und Homosexuelle ins Gefängnis gesteckt werden
- dass linksgrünversiffte Schulsozialarbeiter abgeschafft werden,
- dass Heranwachsenden das Jugendstrafrecht entzogen wird und missliebigen Vereinen die Förderung.

All das sind nur einige Beispiele der kruden Welt, die uns die AfD im Landtag präsentiert. Ja und sie versuchen Rassismus als Wissenschaft zu verkaufen. Äußere körperliche Merkmale sollen die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Frage stellen. Diejenigen, und derer gibt es glücklicherweise viele, die dagegenhalten, es nicht hinnehmen, die werden im Nazisprech der AfD als Wucherung am Volkskörper beleidigt und herabgewürdigt oder als Vereinsmafia denunziert.

Wir, DIE LINKE in Sachsen-Anhalt, stehen fest an der Seite derer, die das nicht hinnehmen, die Protest und Widerstand organisieren. Auf uns muss hier Verlass sein und auf DIE LINKE Sachsen-Anhalt kann man sich verlassen. Dazu stehen auch die 16 Abgeordneten unserer Fraktion, sowohl im Landtag als auch auf der Straße. 16 Abgeordnete im Landtag von Sachsen-Anhalt, ja liebe Genossinnen und Genossen, diese Zahl spricht sich schwer aus. Schwer war auch der Start unserer neuen Fraktion. Der Verlust an Erfahrungen wog schwer. Wir haben die Herausforderung angenommen und uns auf den Weg gemacht. Jeder musste neue und mehr Aufgaben übernehmen.

Und wir haben ja auch noch Euch, liebe Genossinnen und Genossen, auch für Eure Unterstützung im vergangenen Jahr möchte ich Danke sagen, Danke im Namen jedes einzelnen Mitglieds meiner Fraktion. Danke sagen, möchte ich auch unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - Danke, Ihr habt es gut bewältigt.

Ja viel Arbeit ist notwendig, damit in diesem Landtag die Stimme der Opposition von links hörbar bleibt. Und Opposition von links, liebe Genossinnen und Genossen, hat dieses Land bitter nötig. Kenia regiert in Magdeburg. Kenia, das steht für eine Koalition von CDU, SPD und Grünen, die in heftiger Abneigung vereint sind, einander belauern und argwöhnisch betrachten. Ja, manchmal stehe ich früh auf und schaue als erstes nach, ob es diese Koalition überhaupt noch gibt. Eigentlich sind es ja auch mehrere Koalitionen, da ist zum Beispiel jener Teil der CDU, der in die rechte Richtung des Parlaments schielt. Da wird Empörung in der CDU laut, wenn der Ministerpräsident mal das einzig Richtige tut, nämlich die Beteiligung am Podium von Neurechten und Ewiggestrigen absagt. Da wird deutlich, dass es in der CDU tiefe Uneinigkeit über die Herausforderungen an unsere Demokratie gibt. Ein solches Agieren bewirkt, dass die sich gerade selbst zerlegende AfD die Schlagzeilen beherrschen kann.

Das größere Problem ist aber derzeit die CDU mit ihrer ambivalenten Haltung. Die CDU war es, die das Ansehen der Demokratie beschädigte, als sie in gewohnter Selbstherrlichkeit über die Wahlfälschung in Stendal hinweggehen wollte – vertuschte, verharmloste und verschwieg.

Kenia ist ein Zweckbündnis, aber keine wirkliche Option für unser Land, wie wir in den Haushaltsberatun-

gen erleben durften. So schön wie der Koalitionsvertrag klang, so inkonsequent ist seine Umsetzung. Jeder von Euch kann aus seiner Region, Beispiele der mangelnden Unterrichtsversorgung berichten. In Sachsen-Anhalt fehlen die Lehrerinnen und Lehrer. Verschärft wurde das Problem durch die Nichtverlängerung der Sprachlehrer im Dezember. Es fehlt nicht an Bekundungen der Regierung, das Problem lösen zu wollen, es fehlt an Taten. Wir arbeiten unermüdlich daran, hier die Regierung vor uns herzutreiben, die Unterrichtsversorgung endlich zu verbessern statt ihren Mangel zu beklagen. Zahlreiche Anträge haben wir dazu im Parlament gestellt.

Nicht ungehört bleiben unsere Anträge, das Problem aber heißt Tullner und ist Minister. 80 neue Stellen verkauften die Koalitionäre als großen Sieg, wo weit mehr als 400 nötig wären. Zwei der drei Regierungspartner regieren in diesem Land schon über 10 Jahre, sie haben das Land in einen Zustand versetzt, dass selbst, wenn man jetzt handelt, es auf Jahre hinaus, bei Notfallplänen bliebe. Seit Jahren vernachlässigt die Regierung die Investitionen in Krankenhäuser. 100 Millionen pro Jahr wären notwendig, um den derzeitigen Stand zu erhalten, ausgegeben wird nicht einmal die Hälfte. Und selbst das Mehr an Geld für die Kommunen, wie wir es seit Jahren von uns gefordert wurde, ist in Teilen eine Mogelpackung. Denn 20 Millionen der 160 Millionen Euro mehr im Finanzausgleichgesetz sind die Finanzierung der kommunalen Krankenhäuser, Sportstätten und Feuerwehren, die die Kommunen bereits in der Vergangenheit erhielten. Ebenso fraglich bleiben die Auswirkungen der, im Haushaltsbegleitgesetz versteckten, Änderung des Grundsicherungsgesetzes, nach welchem die Kommunen eben mal 41 Millionen Euro weniger bekommen werden. 11 Milliarden Euro umfasst der Haushalt der Koalition, davon sind fast 1 Milliarde Euro der Griff in die Rücklage oder ungedeckte Schecks. Damit wird klar, die versprochenen Wohltaten der Landesregierung stehen auf tönernen Füßen, die Haushaltsverhandlungen werden nach dem Haushaltsbeschluss weitergehen und dann wird die Frage nicht die sein, wer bekommt mehr, sondern es wird gefragt, wo gekürzt wird.

Ja, wir haben die Koalition bei den Haushaltsberatungen herausgefordert. Ich bin überzeugt, weder die Gedenkstätte Isenschnibbe noch die 80 Lehrerstellen und nicht einmal die paar Euro mehr für die Krankenhäuser stünden im Haushalt ohne den Druck von links. Druck machen müssen wir auch, im Parlament und darüber hinaus. Wir brauchen Bündnispartner und müssen selbst verlässlicher Partner sein. Wir müssen die Probleme unseres Landes ins Parlament tragen und wir haben das im vergangenen Jahr getan.

Am Beispiel von Fricopan und Lieken haben wir die verfehlte Wirtschaftsförderungspolitik des Landes zur Debatte gestellt. Wir fordern, künftig gute Arbeit in den Mittelpunkt von Landesförderung zu stellen. Nicht Billiglohn und Leiharbeit sollen gefördert werden, sondern Unternehmen mit Tarifvertrag und Betriebsrat. Zuwenden werden wir uns jenen, die als Selbständige zu Dumpinglöhnen sich selbst ausbeuten müssen. Das schaffen wir nicht allein im Parlament, hierzu braucht es breite Bündnisse mit Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten.

Wir haben im Parlament die Themen Armut und Reichtum auf die Tagesordnung gesetzt und wir werden da nicht locker lassen. Die Kinderarmut ist eine besondere Herausforderung in Sachsen-Anhalt. Auch das Thema der Altersarmut, der nicht eingelösten Rentenversprechen war für uns Thema im Parlament. Wir können es Herrn Haseloff nicht durchgehen lassen, sich in Sonntagsreden zum Retter der Ostrentner aufzuspielen und dann so ziemlich gar nichts zu tun, wenn seine CDU im Bund blockiert.

Wir haben noch in der letzten Legislatur gegen das Kommunalabgabengesetz geklagt, welches bei der Erhebung von Abwasserbeiträgen der sogenannten Altanschließern übermäßig in die Tasche gegriffen hat. Dem vorausgegangen war eine politische Entscheidung von CDU und SPD, das so zu wollen. Es war eine komplizierte Rechtsfrage und das Verfassungsgericht hat mit der denkbar knappsten Mehrheit von 4 zu 3 Richtern unsere Klage abgelehnt. Die Frage bleibt kompliziert. Die Bürgerinitiativen sind entschlossen, weiter für ihre Rechte zu kämpfen, den juristischen Weg zum Bundesverfassungsgericht zu gehen, aber auch vor Ort, in ihrem Abwasserzweckverband für Beitragsgerechtigkeit zu streiten. Hier erwies sich die bei unserer Fraktion gegründete AG Kommunalpolitik als hilf- und segensreich.

Egal ob Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Flüchtlingshelfer, Betriebs- und Personalräte, Sozialverbände, Basisgruppen unserer Partei oder Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker – dieses Land ist voller engagierter Menschen. Die gilt es nach vorne zu stellen, die gilt es zu unterstützen und als Partner zu gewinnen - ihnen gilt es verlässlicher Partner zu sein. Lassen wir nicht zu, dass das Bild unseres Landes von jener lauten Minderheit der Engstirnigkeit und des Hasses dominiert wird.

Unser Platz ist an der Seite derer, die für Solidarität und soziale Gerechtigkeit stehen – die Gerechtigkeit verbindet. Lasst uns selbstbewusst in die Bundestagswahl gehen, wir haben keinen Grund uns zu verstecken. Lasst uns für ein gutes Bundestagswahlergebnis kämpfen, für eine starke LINKE. Sorgen wir dafür, dass die Wahl vom vergangenen März nicht der bleibende Eindruck von unserem Bundesland bleibt. Nehmen wir die Herausforderung an.

Termine:

DIE LINKE.

Tag	Datum	Beschreibung	Uhrzeit	Ort
Mo	06.03.	Mitgliederversammlung BO Elsteraue	18.00 Uhr	Tröglitz, Sportlerheim
Mi	08.03.	Internationaler Frauentag—Frauenfrühstück	10.00 Uhr	Droyßig, Seniorenanlage
Mi	08.03.	Diverse Blumenaktionen im Kreisverband		
Fr	10.03.	Aktivkonferenz 10./11. März 2017— Kampagne		
Sa	11.03.	Aufstehen gegen Rassismus		
Mo	13.03.	Kreisvorstand Naumburg	18.00 Uhr	Naumburg, Salzstraße 38
Di	14.03.	Vorstandsitzung der BO Naumburg	19.00 Uhr	Naumburg, Salzstraße 38
Di	14.03.	Stammtisch DIE LINKE. Naumburg	20.00 Uhr	Naumburg, Klimkes Kneipe
Mo	20.03.	Kaffee´mit Swen Knöchel	16.30 Uhr	Zeitz, Neumarkt 12
Mo	20.03.	Fraktionssitzung Stadtratsfraktion DIE LINKE	18.30 Uhr	Zeitz. Neumarkt 12
Di	28.03.	Vorstandsitzung BO Naumburg	19.00 Uhr	Naumburg, Salzstraße 38
Di	28.03.	Stammtisch DIE LINKE Naumburg	20.00 Uhr	Naumburg, Klimkes Kneipe
Do	30.03.	Bildungsveranstaltung mit Thomas Lippmann (MdL) - Thema: Förderschulen	18.00 Uhr	Hohenmölsen

VORSCHAU

Di	04.04.	Fraktionssitzung Stadtratsfraktion DIE LINKE Wsf	17.00 Uhr	Weißenfels, Töpferdamm 6
Sa	08.04.	Kreisparteitag DIE LINKE Burgenlandkreis	10.00 Uhr	Freyburg, Hotel Edelacker
Di	11.04.	Fraktionssitzung Stadtratsfraktion DIE LINKE	18.30 Uhr	Zeitz. Neumarkt 12

Landesliste zur Bundestagswahl gewählt

Was tun in polarisierenden Zeiten? DIE LINKE fordert eine Politik, die Zusammenhalt erst möglich macht: Wir streiten für mehr Gerechtigkeit, verlässliche soziale Sicherheit und bessere Chancengleichheit. Umverteilung, Friedenspolitik und soziale Mindestsicherungen, die die Würde des Einzelnen auch in schwierigen Lebenslagen bewahren, werden im Zentrum unserer Wahlkampfes stehen. Im von den Delegierten des Landesparteitages beschlossenen Aufruf **»Gerechtigkeit verbindet.«** aus Anlass der kommenden Bundestagswahl heißt es:
»Wir kämpfen gemeinsam mit denen, die Selbstermächtigung und Solidarität zusammenbinden. Zusammen mit denjenigen, die sich von globaler Ausbeutung, Gewalt und Klimawandel bedroht fühlen. Gemeinsam mit denjenigen, die sich in der Abwägung von Sicherheit und Freiheit nicht durch Angst blind machen wollen. Das Integrationshemmnis Nummer Eins ist Armut, nicht die Religion, nicht das Geschlecht, nicht die Kultur. Wir kämpfen mit allen, die bei dieser Bundestagswahl eine gerechte Gesellschaft als Antwort auf diese Zeit sehen.«

Unsere Kandidaten: Platz 1) Petra Sitte 72 – Halle; Platz 2) Jan Korte 71 – Anhalt; Platz 3) Birke Bull-Bischoff 73 – Burgenland-Saalekreis; Platz 4) Matthias Höhn 66 – Altmark; Platz 5) 5 Eva von Angern 69 – Magdeburg; Platz 6) Jörg Schindler 70 – Dessau-Wittenberg; Platz 7) Evelyn Edler 68 – Harz; Platz 8) Pia Schillinger; Platz 9) Gabriel Rücker; Platz 10) Michael Ney

Wir gratulieren recht herzlich allen Jubilaren,

die im März ihren Ehrentag feiern.

Wir wünschen Euch alles Gute, eine schöne Feier im Kreise der Familie, der Freunde und Bekannten. Für die Zukunft wünschen wir viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Der Kreisverband DIE LINKE. im Burgenlandkreis und die Redaktion des S-U-E-Kurier

Zur Beachtung! Die Entnahme, weitere Verwendung bzw. Nutzung von Artikeln aus dieser Mitgliederzeitung bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Genehmigung der Redaktion, des Autors oder der Kreisvorsitzenden.